



Antrag für die Sitzung des Beirats Gröpelingen am 18.09.2024: Forderung der Einrichtung einer Anzeigenaufnahme in das neue Polizeirevier Gröpelingen

Der Beirat Gröpelingen möge beschliessen:

Der Beirat Gröpelingen fordert den Senat, hier insbesondere den Senator für Inneres und Sport, auf, dafür zu sorgen, dass in das neue Polizeirevier Gröpelingen eine Stelle für die Aufnahme von Anzeigen integriert wird.

Begründung:

Bisher besteht nur die Möglichkeit, in den Polizeirevieren Innenstadt, Vegesack sowie im Polizeipräsidium Vahr Strafanzeigen aufzugeben. Für die Gröpelinger Bürger*innen ist das Polizeirevier in Vegesack zuständig, welches sich in etwa 15 Kilometer Entfernung zum Zentrum Gröpelingens befindet. Laut Artikel des Weser Kurier vom 05.08.2024 „Lange Wartezeiten auf dem Polizeirevier“ ist es äußerst schwierig, telefonisch zur Anzeigenaufnahme vorzudringen; für eine persönliche Anzeigenaufgabe muss eine unverhältnismäßig lange Wegstrecke in Kauf genommen werden; außerdem bestehen bei der persönlichen Anzeigenaufgabe Wartezeiten von mehreren Stunden. Da auch Online-Anzeigen nur für einige Deliktgruppen möglich sind, scheidet diese Möglichkeit oftmals aus. Nun haben wir in Gröpelingen die Situation, dass hier im Stadtteil die Kriminalität im stadtweiten Vergleich besonders hoch ist und die Anzahl von Delikten im Jahr 2023 noch einmal deutlich angestiegen ist: „Dort wurden 5782 angezeigte Straftaten gezählt, was einem Plus von 29,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. „Den deutlichsten Anstieg erkennt man im Bereich der Eigentumskriminalität“, sagt Müller mit Blick auf 343 erfasste Kfz-Aufbrüche (2022: 185), 589 Ladendiebstähle (2022: 427), 271 Fahrraddiebstähle (2022: 153), 139 Diebstähle bei Unternehmen und Arbeitsstätten (2022: 101) und 48 Einbrüche in Keller- oder Bodenräume (2022: 101). Ein minimaler Rückgang zeigt sich bei den Wohnungseinbrüchen, für Gröpelingen wurden hier 81 Delikte erfasst (2022: 82). Insbesondere sticht wiederum der Bereich Raubdelikte ins Auge, wo es einen Anstieg um mehr als 100 Prozent von 44 (2022) auf 97 (2023) gab“ (Weser Kurier vom 02.06.2024). Vor diesem Hintergrund scheint die Einrichtung einer Anzeigenaufnahme im derzeit im Entstehen begriffenen neuen Gröpelinger Polizeikommissariats ein Mittel zu sein, dieser Entwicklung entgegenzuwirken und den Bürger*innen zu ermöglichen, niedrigschwellig Straftaten auch zur Anzeige bringen zu können.

Bremen, 5. August 2024

Antrag: Abpollerung Oslebshauer Heerstraße im Bereich der Hausnummern 79- 89

Der Beirat möge beschließen:

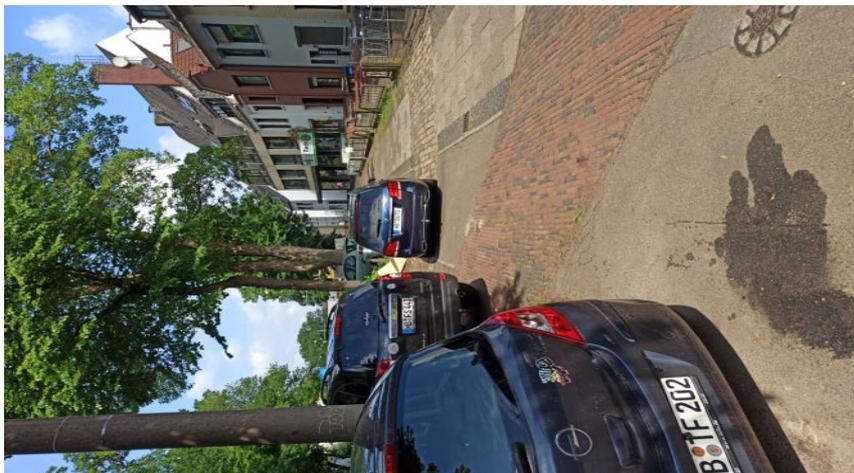
Der Beirat fordert das Amt für Straßen und Verkehr auf, zu prüfen, ob eine Abpollerung zur Abgrenzung des Radweges zum Grün- und Parkstreifen im oben benannten Bereich erfolgen kann.

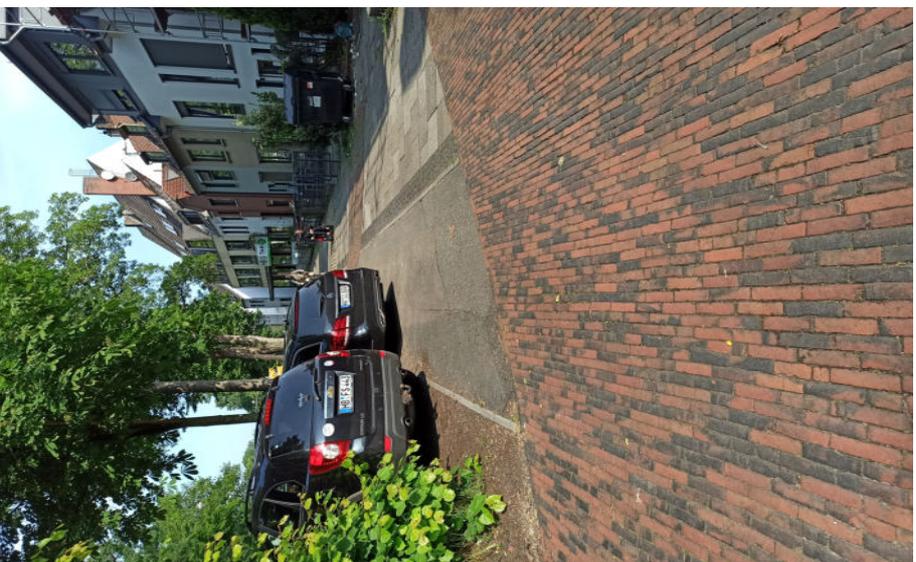
Begründung:

Im Bereich der Oslebshauer Heerstr 79 – 89 kommt es stattdauswärts zu sehr gehäuften rechtswidrigen Parken auf dem dort befindlichen Radweg. Dies führt dazu, dass Radfahrende in diesem Bereich aufgrund dort parkender Fahrzeuge auf den Gehweg ausweichen müssen und es häufig zu Konflikten mit Fußgängern kommt. Auch regelmäßige Anzeigen durch Anwohner*innen führten zu keiner nachhaltigen Verbesserung der Situation. Um dieses rechtswidrige Parken zu verhindern und die Konflikte zwischen Radfahrenden und Fußgänger*innen zu entschärfen, sollte der Radweg durch Poller von dem Park- und Grünstreifen zwischen Radweg und Heerstraße abgegrenzt werden.

Dieter Winge und die Fraktion DIE LINKE im Beirat Gröpelingen

Anlage: Fotos rechtswidrig abgestellter Fahrzeuge im oben beschriebenen Bereich





Bremen, 25.08.2024

Der Beirat Gröpelingen möge anlässlich seiner Sitzung am 18.09.2024 beschließen:

Der Betreiber der Bremer Klärschlammverbrennungsanlage (KENOW) sowie die Bremer Umweltbehörde werden aufgefordert, den Ausstoß von per- und polyfluorierten Alkylverbindungen (PFAS) systematisch zu untersuchen und die Ergebnisse dieser Untersuchungen zeitnah und transparent zu veröffentlichen.

Begründung:

Die problematische Belastung durch per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS) in der Umwelt nimmt weltweit zu. PFAS sind extrem langlebig und schwer abbaubar („Ewigkeitschemikalien“), was sie zu einer signifikanten Gefahr für die Umwelt und die menschliche Gesundheit macht. Klärschlämme, die in der Bremer Klärschlammverbrennungsanlage (KENOW) behandelt werden, können erhebliche Mengen dieser Chemikalien enthalten. Bei der Verbrennung in der KENOW-Anlage, die mit einer Temperatur von etwa 850°C betrieben wird, ist die vollständige Zerstörung von PFAS jedoch nicht gewährleistet.

Studien, darunter eine aktuelle Untersuchung des Umweltbundesamtes, belegen, dass PFAS die Kläranlagen nahezu ungehindert passieren und im Klärschlamm angereichert werden. Laut Aussage des Toxikologen Dr. H. Kruse von der Christian-Albrecht-Universität Kiel aus 2024 können PFAS-Schadstoffe nur oberhalb von 1200 Grad Celsius vollständig zerstört werden. Diese Temperatur wird in einer MKVA jedoch nicht erreicht, weil eine Verbrennungstemperatur so weit oberhalb von 850 Grad C zu einer Verglasung der Asche führt, was eine Weiterbehandlung zur Rückgewinnung von Phosphor aus der Asche verhindert. Damit würde das Ziel, eine MKVA zu betreiben, um aus der Klärschlammasche Phosphor zurück zu gewinnen, ad absurdum geführt

In der EU werden ab 2026 Grenzwerte für Trinkwasser eingeführt, die für alle vorhandenen PFAS eine Obergrenze von 0,5 Mikrogramm/Ltr. vorsehen, ab 2028 kommt noch für die vier bedenklichsten PFAS ein Grenzwert von 0,002 Mikrogramm/Ltr. hinzu. Hier wird es vermutlich deutliche Anpassungen der Technik geben müssen. Um diese Grenzwerte in Bremen auch einhalten zu können ist eine rechtzeitige Kenntnis über die PFAS- Emission der Monoklärschlammverbrennungsanlage unabdingbar.

Dieter Winge und die Fraktion die LINKE in Gröpelinger Beirat

Quellen:

https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/2546/publikationen/uba_sp_pfas_web_0.pdf
<https://www.waterrf.org/research/projects/studying-fate-pfas-through-sewage-sludge-incinerators>
<https://pfascentral.org/science/smouldering-to-treat-pfas-in-sewage-sludge>

<https://pfas-dilemma.info/aktuelles/30-pfas-in-den-klaeranlagen-der-region>

Antrag der SPD-Fraktion für den Beirat Gröpelingen

An die Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation sowie Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung und die Wirtschaftsförderung Bremen GmbH (WFB)

Der Beirates Gröpelingen möge beschließen:

Rückabwicklung des Immobilienverkaufs Gröpelinger Heerstraße 211 und 211a durch die WFB und Übergabe an die Stadt-Entwicklungsgesellschaft

Der Beirat Gröpelingen fordert die Wirtschaft-Förderung Bremen auf, den Verkauf der Immobilien an der Gröpelinger Heerstraße 211 / 211a mit dem derzeitigen Eigentümer / Investor rückabzuwickeln, in Kooperation mit den oben genannten Senatorischen Behörden und diese dann der neu gegründeten Stadt-Entwicklungsgesellschaft zukommen zu lassen, um eine Nutzung für den Stadtteil umzusetzen.

Begründung:

Die WFB hat die oben genannten Immobilien - mit der Auflage diese zu entwickeln – verkauft; dieser Auflage wurde bis heute nicht Folge geleistet. Die Auflagen der WFB waren vertraglich geregelt und WFB hatte die Fristen bereits verlängert, auch der Beirat war äußerst geduldig. Der derzeitige Eigentümer ist immer wieder mit vielerlei Ausreden an den Beirat herangetreten und hat uns seine Ideen präsentiert, die aufgrund des Baurechts nicht umsetzbar waren und eine Abrissgenehmigung liegt bereits seit 2021 vor.

Der Zustand, der mittlerweile verfallenen Immobilien, ist mehr als bedenklich und hier muss dringend etwas passieren. Der Beirat Gröpelingen und der FA Bau haben schon mehrfach die Rückabwicklung durch die WFB gefordert.

Sollte der Vertrag nicht rückabgewickelt werden, sind bald 10 Jahre abgelaufen und der Eigentümer kann das Objekt dann weiterverkaufen, ohne dass die Spekulationssteuer fällig wird.

Der Beirat glaubt nicht daran, dass ein anderer Eigentümer diese Immobilien dann im Sinne des Stadtteils entwickeln wird.

Der Beirat sieht hier die realistische Möglichkeit, dass die neu gegründete Stadt-Entwicklungsgesellschaft, die zweckmäßige Fort- und Weiterentwicklung dieser Immobilie gewährleisten kann.

Der Stadtteilbeirat möge beschließen:

Der Stadtteilbeirat Gröpelingen möge die Senatorin für Bau und Stadtentwicklung auffordern dem GEG (Gebäudeenergiegesetz) zu entsprechen und im Rahmen der anstehenden Baumaßnahme zur „Biodiversität City“, in der Rasteder Straße und umliegenden Straßen, den Einbau einer Leitung für Fernwärme und Glasfaser mit einzuplanen.

Begründung:

Da die infrastrukturellen Voraussetzungen bereits gegeben sind, ist die Umsetzung ein Leichtes. Im Pastorenweg, am Eingang zur Rasteder Straße, liegt bereits ein Fernwärme-Anschluss vom Grundversorger Wesernetz und Glasfaser von LWL.

Im Rahmen der „Biodiversität-City“ findet in der Rasteder Straße eine große Baumaßnahme zur Klimaanpassung der Infrastruktur statt. Hier muss die Chance genutzt werden, die erstrebten Ergänzungen deutlich kostengünstiger umzusetzen, indem man die Sanierungsarbeiten mit der energetischen und digitalen Infrastrukturverbesserung zusammenlegt.

Ute Pesara
Stellv. Sprecherin Beirat Bremen Gröpelingen
Stellv. Vorstand CDU Stadtbezirk Bremen West

Der Beirat möge beschließen:

Belobigung des örtlichen KOP für das Kerngebiet Gröpelingen (Lindenhof/Ohlenhof/Heerstraßenzug), Herrn Polizeioberkommissar Marc Niemann.

Der Stadtteilbeirat Gröpelingen richtet an den Senator für Inneres und Sport die Bitte, Herrn POK Marc Niemann für seine beispielgebende Arbeit in der Stellung als Gröpelinger KOP förmlich zu belobigen.

Begründung:

Herr Niemann versieht seinen Dienst im Gröpelinger Ortsteilkern, in dem sich zurzeit zahlreiche soziale Problemlagen brennglasartig verdichten.

Nach übereinstimmenden Schilderungen aus der ortsansässigen Bevölkerung und dem Beirat versteht es Herr Niemann mit anhaltend hoher Motivation und großem Geschick, aufkeimende Mikrokonflikte an den sozialen Brennpunkten (bspw. Konflikte rivalisierender Jugendgruppen unterschiedlicher ethnischer Herkunft) in seinem Wirkungskreis zu entschärfen – dies gilt insbesondere für das Umfeld des Bgm.-Koschnick-Platzes/Ritterhuder Str./Buxtehuder Str., als auch für die multiplen Konfliktlagen rd. um den Liegnitzplatz.

Seine gleichbleibend freundliche und empathische Art, gepaart mit seinem beherzten Auftreten gegenüber zuweilen hochproblematischem Publikum hat sich dabei bewährt und trägt erheblich zu einer sozialen Befriedung eines ansonsten konflikträchtigen Quartiersumfeldes bei.

Dieses Engagement möchte der Beirat, auch im Stadtteilinteresse, gewürdigt wissen und setzt sich infolgedessen nachdrücklich für die o.b. Maßnahme ein.